

Schweizerische Volkspartei URI  
Postfach  
6460 Altdorf



(Versand per mail an: ds.vd@ur.ch)

Volkswirtschaftsdirektion Uri  
Vernehmlassung Tourismusgesetz  
Klausenstrasse 4  
6460 Altdorf

Bürglen, 19. Januar 2012

## **Neues kantonales Tourismusgesetz (TourG); Vernehmlassung der SVP URI**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,  
Sehr geehrte Dame und Herren Regierungsräte

Wir bedanken uns für die Einladung zur Vernehmlassung und erlauben uns zur Vernehmlassungsvorlage vom 25. Oktober 2011 über ein neues kantonales Tourismusgesetz (TourG) die nachstehenden Ausführungen einzureichen.

### **I. Die Standpunkte der SVP URI zum Tourismus<sup>1</sup>**

Finden wir den Kompromiss zwischen radikalem und sanftem Tourismus? Die Urner Tourismuswirtschaft erarbeitet jährlich einen geschätzten Umsatz von rund 155 Millionen Franken. Zudem sind ungefähr 1500 Personen in diesem Wirtschaftsbereich tätig, was ca. zehn Prozent der Beschäftigten im Kanton Uri entspricht.

---

<sup>1</sup> Aus dem Parteiprogramm der SVP des Kantons Uri, Legislatur 2012-2016 (einzusehen im Internet: <http://www.svp-uri.ch/parteiprogramm.htm>).

Neben der Landwirtschaft ist der Tourismus oft die einzige Erwerbsmöglichkeit in den Randregionen und leistet damit auch einen wichtigen Beitrag für die dezentrale Besiedelung.

Der Kanton Uri steht mit seinen Naturschönheiten, intakten Landschaften und attraktiven Tourismusangeboten für alle offen. Die Unterstützung von touristischen Anlagen wird begrüsst, muss aber restriktiv eingesetzt werden.

Der Staat gibt die Rahmenbedingungen, die Privatwirtschaft sorgt für einen ausgewogenen Tourismus.

### **Die Standpunkte der SVP URI**

Wir ...

- ... vertrauen auf die Stärken des Urner Tourismus.
- ... setzen uns für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ein, damit unsere Tourismusunternehmen wettbewerbsfähig bleiben.
- ... wollen eine enge Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft, damit die dezentrale Besiedelung erhalten bleibt.
- ... wollen eine privatwirtschaftliche Vermarktung der jeweiligen Tourismusregion.
- ... sind gegen ein Tourismusgesetz.
- ... setzen uns für einen tourismusfreundlichen Richtplan ein.

## **II. Ausgangslage und einleitende Feststellungen**

1. Am 25. November 2007 lehnte der Souverän das Tourismusgesetz mit 3155 zu 3026 stimmen knapp ab. Namentlich der Gewerbeverband Uri und die SVP URI äusserten sich prononciert gegen den damaligen Vorschlag.
2. Die SVP URI hielt zur Ablehnung des TourG am 25. November 2007 folgendes fest:

### ***SVP URI erfreut über Nein zum Tourismusgesetz***

(...)

*Höchst erfreut ist die SVP URI über die Ablehnung des Tourismusgesetzes. Die Urner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben diese „Mogelpackung“ für das Urner Gewerbe durchschaut. Das Tourismusgesetz hätte eine neue Steuer für das Urner Gewerbe eingeführt. Und dies ausgerechnet in einer Zeit, wo überall in der Schweiz Steuern gesenkt werden. Ebenfalls zu berücksichtigen war, dass die Urner Gewerbler bereits jetzt Steuern bezahlen und dass eine weitere Steuerabgabe höchst ungerecht gewesen wäre und den Wirtschaftsstandort Uri*

*geschwächt hätte. Daneben war das beinhaltete „Abwicklungskonzept“ des Tourismusgesetzes ganz einfach viel zu kompliziert. Speziell KMU's sind bereits jetzt am Anschlag mit den administrativen Verpflichtungen gegenüber dem Staat oder Dritten. Durch den schlecht ausgestalteten Vollzug des Tourismusgesetzes hätte dies unnötigen Verwaltungsaufwand für Gewerbe und Kanton zur Folge gehabt.*

*Das Nein zum Tourismusgesetz, wie es übrigens die SVP URI im Vorfeld der Abstimmung auch empfohlen hatte, ist auch von unserer Seite aus überhaupt nicht als ein Zeichen gegen den Tourismus in Uri zu verstehen. Im Gegenteil. Wie die SVP-Fraktion bereits im Landrat gefordert hat, wäre es angebracht gewesen, die Vorlage nochmals an den Absender zu retournieren. Dazu nur Folgendes: der Tourismus im Kanton Uri steht strukturell nach wie vor auf schlechten Füßen. Insbesondere muss die Zusammenarbeit bzw. Koordination zwischen allen touristischen „Mitspielern“ funktionieren. Zu denken ist bspw. an die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft aber auch an Gebiete wie die Raumplanung. Aus diesen Gebieten fliessen heute namhafte Subventionen und sonstige Geldmittel zur regionalen Wirtschaftsförderung oder dergleichen ins Urnerland. Dieser Mitteleinsatz erfolgt heute nicht koordiniert, da keine diesbezügliche (touristische) Strategie existiert. Im Klartext heisst dies, dass der (heutige) Mitteleinsatz zugunsten des Tourismus mit grossem Effizienzverlust verbunden ist. Diese Punkte gilt es anzupacken, bevor überhaupt über neue touristische Abgaben diskutiert wird.*

3. Dabei kristallisieren sich folgende Hauptkritikpunkte heraus:
  - wir wollen keine neue Steuer für das Urner Gewerbe
  - kompliziertes „Abwicklungskonzept“
  - grosser administrativer Aufwand
  - strukturelle Mängel beim Urner Tourismus
4. Der Regierungsrat erwähnt bei seiner Beurteilung (Seite 6 des Berichts) nahezu dieselben Hauptargumente, die von der Gegnerschaft des TourG 2007 vorgebracht wurden. Auffallend ist aber, dass das Argument der strukturellen Mängel beim Urner Tourismus fehlt! Nach wie vor orten wir strukturelle Defizite, die sich mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf noch resp. wiederum akzentuieren würden.
5. Ganz grundsätzlich haben wir uns in unserer Arbeitsgruppe auch mit der Frage beschäftigt, ob es überhaupt ein TourG im Kanton Uri benötige. Die Meinungen waren geteilt. Tendenziell befürworten wir die finanzielle Abgeltung des Tourismus über den ordentlichen Budgetprozess. Wir haben aber ein gewisses Verständnis für das Argument der „Planungsverlässlichkeit“.
6. Mit dem neuen TourG ergäben sich finanzielle Mehrbelastungen für den Kanton, die Gemeinden und die Tourismuswirtschaft. Dies ist für alle nicht akzeptabel. Das Gesetz ist so auszugestalten, dass sich die Aufwendungen auf dem Niveau des Budgets 2012 (ca. Fr. 428'000) belaufen.

### **III. Beantwortung des Fragenkatalogs**

#### **A) Allgemein**

##### **Wie beurteilen Sie den Gesetzesentwurf im Grundsatz?**

Grundsätzlich entspricht diese Vorlage eher unseren Anliegen wie das TourG 2007. Die Vorlage benötigt aber unbedingt einige verbessernde Anpassungen.

#### **B) Spezifische Fragen**

##### **Befürworten Sie die Konzeption von zwei Tourismusregionen im Kanton Uri?**

Nein.

##### **Befürworten Sie die Unterstützung von maximal einer Tourismusorganisation pro Tourismusregion?**

Nein, da wir grundsätzlich für eine Tourismusregion sind.

##### **Befürworten Sie die vorgeschlagene 3-Säulen-Finanzierung der Tourismusförderung (Kanton, Gemeinden, Tourismuswirtschaft)?**

Ja.

##### **Befürworten Sie die Höhe der gesetzlich festgelegten Mittel sowie deren Verwendung?**

Nein.

##### **Befürworten Sie die Aufgabenteilung unter den Beteiligten (Kanton, Gemeinden, regionale Tourismusorganisationen, Leistungsträger)?**

Nein, da bisher zu unklar definiert.

### **IV. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen**

#### **Artikel 3 Einteilung in Tourismusregionen**

Die Begründung für zwei Tourismusregionen (vgl. S. 11 f. des Berichts) überzeugt uns nicht. Obwohl das Urserntal und das Urner Unterland bedeutsame Unterschiede im Tourismus aufweisen, müssten einfache, überschaubare Strukturen möglich, ja geradezu ein Gebot der Zeit, sein. Wohlverstanden, eine operative Unterteilung macht auch für uns Sinn; aber dies alles unter „einem Dach“. Damit könnten strukturelle Optimierungen, administrative und organisatorische Synergieeffekte und vor allem auch „in der Luft hängende“ Gemeinden ausserhalb der Kernzonen erreicht resp. vermieden werden.

#### **Artikel 7 Anerkennung**

Auch diesbezüglich sind wir für möglichst einfache Strukturen und eine möglichst geringe Verzettelung der Kräfte. Deshalb befürworten wir eine gesetzliche Regelung, die möglichst einfache, schlanke Strukturen priorisiert.

#### **Artikel 10 Aufgaben**

##### **a) gesetzliche Aufgaben**

Hier bedarf es eine klare Abgrenzung der Aufgaben, ansonsten werden der/den Tourismusorganisation/en unzählige (gewünschte) Aufgaben übertragen.

Es ist für uns unklar, was genau unter Anlässen mit rein lokaler Bedeutung zu verstehen ist. Auch im Bericht auf Seite 30 werden unserer Ansicht nach mindestens „grenzwertige“ Tätigkeiten (Organisation/Unterstützung/Mithilfe bei Events und

Anläsen) genannt. Je nach Auslegung kann darunter fast alles oder eben fast nichts verstanden werden. Für die SVP URI fallen die vorgenannten Tätigkeiten nicht unter die gesetzlichen Aufgaben.

**Artikel 15 Beiträge von Kanton und Gemeinden**

Die Beiträge sind zu hoch. Vergleiche dazu unsere Ausführungen bei II. Ausgangslage und einleitende Feststellungen, Ziffer 6.

**Artikel 17 b) Gemeindebeiträge**

Vergleiche dazu die Ausführungen zu Artikel 15.

**Artikel 19 Finanzierung der übergeordneten Aufgaben von kantonalem Interesse**

Der Betrag von Fr. 100'000.00 ist im Kantonsbeitrag von Fr. 650'000.00 zu integrieren.

**Artikel 20 Teuerung**

Grundsätzlich einverstanden.

Die SVP URI ist überzeugt, dass mit einer optimalen Struktur und einer schlanken, beweglichen und effizienten Organisation sowie mit den von uns erwähnten finanziellen Mitteln eine erfolgreiche Förderung des Urner Tourismus möglich ist.

Wir bitten um entsprechende Kenntnisnahme und danken nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerische Volkspartei URI